

V. Die unendliche Aufgabe – Das erwachsende Europa

»Bisher jedoch hat Europa es [...] versäumt, sich so starkzureden, wie es ist«
(Ulrich, Bernd, in *Die Zeit*, 28/2016: 3)

Eine Arbeit, die sich in einer für die Europäische Integration schweren Phase¹ die ambitionierte These der zwangsläufigen, mithin als notwendig erachteten Entwicklung dieser Integration in Richtung des modernen politischen Strukturmerkmals *Nation* zugrunde legt, darf und soll nicht enden, ohne dass es einen – im Sinne dieser Arbeit: ermutigenden – Blick auf die Ereignisse der nahen Vergangenheit und Gegenwart gibt. Hierbei soll als erstes der Blick auf Ereignisse gerichtet werden, die dafür sprechen, dass es auf der politischen Ebene ein zunehmendes Bewusstsein für ein verlässlich politisch geeintes Europa gibt und dass sich dieses – zugegeben: zaghaft – aus der Fessel nationaler Egoismen und der Bevormundung durch die Nationalstaaten zu lösen beginnt, das beginnt, sich selbst zu behaupten (1.). Diesem folgend soll in einem letzten Schritt abschließend aufgezeigt werden, warum nach diesem Schritt nicht an gehalten werden darf, Europa erwachsener werden muss (2.).

1 | »Reading the headlines from Europe, it's easy to get depressed.« (Kirchik, 2017: 229)

1. EUROPA WIRD ERWACHSEN

Am Eingang muss der Begriff des ›Erwachsen Werdens‹ genauer gefasst werden. Mit diesem Begriff soll die betonte Selbstständigkeit, mithin die Abnabelung, des gegenwärtigen Standes der Europäischen Integration von den Nationalstaaten, den *Herren* der Verträge, benannt werden. Hierbei soll der Begriff der Abnabelung weiterreichen, als es für den Artikel Egon Bahrs in der deutschen Zeitung »Die Welt« aus dem Jahr 2002 galt, in welchem der Zuschnitt auf die Sicherheitspolitik und das diesbezügliche Verhältnis USA/Europa im Mittelpunkt stand. (www.welt.de/print-welt, 06.04.2002)² Es wird hier im Folgenden darum gehen, politische Prozesse und Konflikte zu benennen, die aufzeigen, dass der derzeitige Stand der Europäischen Integration – die Europäische Union – sowohl nach innen als auch nach außen zunehmend ein Auftreten gewinnt, welches als ein sich emanzipieren von den Nationalstaaten verstanden werden soll. Hierbei darf das Wort *emanzipieren* durchaus wörtlich genommen werden, denn es geht hierbei in der Tat um ein sich selbst Entlassen aus der *väterlichen* Gewalt, hier der Dominanz der Nationalstaaten. Gemeint ist damit nicht, dass die im dritten Kapitel als harte Faktoren benannten rechtlichen Parameter untergraben werden. Es geht vielmehr um die bewusste Betonung der Europäischen Union als einem eigen- und selbstständigen Akteur auf der politischen Bühne.

Die Betrachtungen von Vorgängen, die in diesem Sinne verstanden werden, unterteilt sich in zwei Bereiche. Der erste wird sich mit Beispielen befassen, die deutlich machen sollen, inwiefern betont *ein*, bzw. *das* Europa als geeinter Vertreter eines – bestenfalls originär – europäischen Interesses nach außen erscheint. Natürlich ist bewusst, dass die im Folgenden benannten Cecilia Malmström die EU-Kommissarin für Handel, Jean-Claude Juncker der Präsident der EU-Kommission sind und für ebendiese handeln, die Nationalstaaten ihre Kernzuständigkeit in diesem Bereich – vor allem der Verteidigungspolitik – als selbstständige Akteure und ggfs. als Nato-Mitgliedstaaten behalten. Dennoch erscheint, und das sollen die folgenden Ausführungen verdeutlichen, Europa – die EU – als

2 | Wichtig ist es hier festzuhalten, dass Egon Bahr über den Stand der Europäischen Integration vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon geschrieben hat.

ein Akteur, der, einem Staat gleich, *seine* Interessen zu artikulieren und zu vertreten weiß. Der zweite Bereich befasst sich mit Beispielen, die eine ebensolche Position, wie sie nach außen vertreten wird, nach innen deutlich machen. Es geht konkret um Beispiele die innerhalb der EU Auseinandersetzungen, zumindest aber unterschiedliche Positionen, der Union und einzelner Mitgliedstaaten deutlich machen und aufzeigen, dass auch hier die EU ihre Position bewusst zu behaupten weiß.

Die sich um den, von dem US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump Anfang März 2018 mit »grande pompe« angekündigten, »guerre commerciale« (www.libération.fr, 22.03.2018) der USA mit der Europäischen Union entwickelnde massenmediale Kommunikation markiert ein solches Agieren. Die im Mittelpunkt dieses Handelsstreits stehenden Strafzölle, mit denen auch die aus der EU stammenden Waren belegt werden sollten,³ wurden als Maßnahmen der Politik Donald Trumps – unabhängig davon, ob sie sich gegen Europa, China, Kanada oder Mexiko richteten – von den Massenmedien als »Tollheiten aus dem Weißen Haus« tituliert, welche die EU »nicht einfach schlucken« dürfe. (www.faz.net, 01.06.2018) Auffällig ist an diesem Beispiel aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung die Erwartungshaltung, die EU könne und dürfe diese Politik der USA »nicht einfach schlucken«. Dementsprechend artikulierten die politischen Reaktionen auch die Bereitschaft, unter dem Label Europa/EU handeln zu wollen. So signalisierte der französische Präsident Emmanuel Macron dem amerikanischen Präsidenten, dass »Europe would not surrender meekly«. (www.independent.co.uk, 08.06.2018) Die EU-Kommissarin für Handel, Cecilia Malmström, fügte ihrer Warnung des US-amerikanischen Präsidenten, dieser spiele ein »dangerous game« die Aussage an, dass die EU »could not just take these tariffs and stay silent«. (www.independent.co.uk, 01.06.2018) EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker wurde deutlicher indem er aufzeigte, dass die EU »in den kommenden Stunden mit Vergeltungszöllen reagieren« werde (www.spiegel.de, 31.05.2018) und diese Ankündigung in einem Interview im deutschen Fernsehen mit der Feststellung abrundete: »Sie werden uns kennenlernen«. (www.libération.fr, 22.03.2018) Erkannte die fran-

3 | Primär und ursprünglich richteten sich die Maßnahme der US-Strafzölle gegen China, durch dessen Handelspraktiken die USA – im Besonderen deren Präsident Donald Trump – sich benachteiligt und bedroht sahen.

zösische Tageszeitung *liberation* in diesem Handeln die durch das Handeln Emmanuel Macron begründete Politik des »L'Europe qui protège«, (www.libération.fr, 22.03.2018) so benannte ein Artikel der deutschen Wochenzeitung *Die Zeit* den Umgang der EU mit dem »Handelskrieger Trump« schlicht und ergreifend als »ziemlich cool«. (www.zeit.de, 28.11.2018)

Der Fall des Brexits nimmt in der hier vertretenen Argumentation die Position eines Zwitter ein, da die Position Großbritanniens zwischen den Polen des Dazu-Gehörens und des Nicht-dazu-Gehörens oszilliert. sprich dem Status eines Noch-Mitglieds dem ab März 2019 Status eines – wie weit auch immer reichenden – zukünftigen Nicht-Mitgliedes gegenübersteht. Der Begriff des »Drittstaates«, dessen Status nach dem Austritt hinter der »Qualität einer EU-Mitgliedschaft zurückbleiben«, aber in einer »möglichst engen Partnerschaft« mit der EU verbleiben soll, scheint – zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Arbeit – ebenso zwangsläufig wie beabsichtigt. (www.bundestag.de, 12.12.2018) Die kaum überschaubare Anzahl der Artikel, die in dem Brexit sowohl für das Vereinigte Königreich als auch für die Europäische Union einen bedeutenden, weitreichenden – in erster Linie: wirtschaftlichen – Nachteil sehen, ist für die hier vertretene Argumentation qualitativ nicht instruktiv. Anders die Artikel, in denen der Ausstieg und die Verhandlungen zu dessen konkreten Parametern sowohl als Chancen der verlassenen Union, sich selbst zu finden, als auch deren Selbstbehauptung betonen.

Ein Artikel der deutschstämmigen Labour-Abgeordneten Gisela Stuart, Leiterin der Brexit-Kampagne »Vote Leave«, fügte in einem Artikel der online-Ausgabe des Debattenmagazins *causa* des *tagesspiegel* der Feststellung, »Großbritannien war stets ein Hindernis auf dem Weg zu mehr europäischer Integration«, die Aussage an: »Der Brexit kann deshalb die Chance sein, die EU zu stärken und festigen«. (causa.tagesspiegel.de, 08.02.2017) Meint Jochen Buchsteiner hinter der vermeintlich harten Brexit-Verhandlungsposition der EU auch eine »Angst, dass die eigene Attraktivität nachlässt [...]« auszumachen, denn »(n)ur wer nicht mehr an sich selbst glaubt, macht anderen den Abschied so schwer«, (Buchsteiner, 2018: 17) so gilt auch für die Position der EU in den Brexit-Verhandlungen – »das entschiedene Auftreten in den Verhandlungen mit London« – die schon o.a. Titulierung der deutschen Wochenzeitung *Die Zeit* als »ziemlich cool«. (www.zeit.de, 28.11.2018) Diese Zuschreibung reiht sich in eine Reihe von Artikeln ein, die den Austritt Großbritanniens

aus der EU auch als Chance sehen, das »permanente Streben nach der Extrawurst« (www.stephan-g-richter.de, 18.07.2017)⁴ abschütteln und sich – die EU – wieder auf das zu besinnen, was vielen wichtiger erscheint, denn: »Die Zukunft Europas ist viel wichtiger als der Brexit«. (www.francesoir.fr, 20.12.2017)⁵ So wurde die norwegische Tageszeitung *Aftenposten* von der Internetausgabe *der Welt* mit den Worten zitiert, dass »diese Krise [...] auch eine Chance (ist), die Partnerschaft wieder neu zu erfinden«, (www.welt.de, 24.06.2016) Burkhard Strack benannte auf experto.de vier »wichtige Gründe, warum der Brexit als Chance für eine gestärkte EU gesehen werden kann«. (www.experto.de, 11.12.2018)⁶ Jean-Claude Juncker rundete in einem vom Spiegel zitierten Interview zum Populismus in Europa die Feststellung, »(m)an hat sich in Europa zu oft weggedrückt« mit der im Sinne dieser Ausführungen für die Europäische Integration nahezu programmatischen Formel ab: »Man muss aufstehen, wenn Aufstehen notwendig ist«. (www.spiegel.de; 06.10.2018)

Sichtbar wird an diesen Beispielen, dass die EU willens und in der Lage ist, sich gegenüber Personen und Positionen als eigenständiger Akteur darzustellen und zu behaupten. Im Besonderen der Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker nutzt hierbei Formulierungen, die Anschlusspunkte für eine Fortführung betont europäischen Denkens und Handelns darstellen. Die o.a. Formulierung »Sie werden uns kennenlernen« verdeutlicht hierbei ein betontes, bestimmtes Vorgehen von:

»uns«!

Dass die EU hierfür bei einem Teil der Massenmedien Aufmerksamkeit und Anerkennung erhält, zeigt auf, dass es einen fruchtbaren

4 | – auch als »Englands ewiger Wunsch nach der Extrawurst« benannt. Der Autor dieser Zeilen, Stephan-Götz Richter ist Herausgeber und Chefredakteur von »The Globalist«. (www.stephan-g-richter.de, 18.07.2017)

5 | »L'avenir de l'Europe est bien plus important que le Brexit«. Mit diesen Worten zitiert die Internetausgabe des France Soir den EU-Verhandlungsführer Michel Barnier. (www.francesoir, 20.12.2017)

6 | 1. Kann es nach dem Brexit einen neuen »europäischen Aufbruch geben; 2. Wird es weniger Blockaden bei wichtigen Entscheidungen geben; 3. Gibt es wirtschaftliche Vorteile für die EU und 4. Schafft der Brexit Arbeitsplätze in Brüssel. (www.experto.de, 11.12.2018)

Nährboden für ein an das Außen gerichtete europäische Selbstbewusstsein als Umfassung eines europäischen Wir gibt. Dass in diesen Medien neben einer Vielzahl von, durch den Brexit bedingten, bekundeten Enttäuschungen und Verlustempfindungen auch Artikel gibt, die mögliche Chancen für die Europäische Union erkennen, rundet das entstehende Bild einer nach außen bewusst(er) auftreten Europäischen Integration ab. Die folgenden Ausführungen befassen sich mit Themen/Sachverhalten, die aufzeigen sollen, inwiefern sich die Europäische Union in internen Auseinandersetzungen mit einzelnen Mitgliedstaaten zu positionieren sucht.

*

Im Kern dieser Auseinandersetzungen steht ein, konkreten einzelnen Staaten durch die EU vorgeworfenes vertrags- und vereinbarungswidrige Verhalten. Im Besonderen die osteuropäischen Staaten Polen und Ungarn zeigen sich als Mitglieder der Europäischen Union, an deren Verhalten sich die Europäischen Institutionen immer dann stoßen, wenn vertragliche Bestimmungen und Regelungen bewusst missachtet werden, weil sie den inner-nationalstaatlichen Vorstellungen und Interessen dieser Staaten zu widersprechen scheinen. Ab Mitte des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts kommt es zu einem verstärkten Auftreten dieser Konflikte, die zunehmend James Kirchiks Feststellung unterstreichen: »Before Europeans proceed further down the path of integration, they must ask themselves what they believe in«. (Kirchik, 2017: 226)

Kirchiks Aussage widerspiegelt die unterschiedlichen Erfahrungen, die von den einzelnen Staaten in die EU mitgebracht wurden. Initiierten die westeuropäischen Staaten die Europäische Integration, um den nationalistischen Chauvinismen, welche die Menschen in Europa in tiefstes Leid stürzten, die Grenze der europäischen Gemeinsamkeit entgegenzusetzen, so waren die nationalen Staaten für die hinter dem Eisernen Vorhang lebende Gesellschaft die Chance, nach über vierzig Jahren Bevormundung durch die Sowjetunion kollektive Selbstbestimmung ausüben zu können. Schien die europäische Integration der Gesellschaft im westlichen Europa als Hoffnung auf ein Leben bar der Gefahr des Nationalismus, so empfand die Gesellschaft im Osten Europas, 2004 in einer beispiellosen Beitrittswelle dieser Integration beigetreten, kollektive Selbstbestimmung als etwas, was im und durch den nationalen Staat zu artikulieren

ren sei und Gefahr lief, in einer größeren Gemeinschaft und durch ebendiese ausgehebelt, zumindest eingeschränkt zu werden. Diese unterschiedliche Vorstellung offenbart sich im Besonderen an der Flüchtlingspolitik, dort scheint sich die Feststellung Kirchiks als ein tiefgreifender Imperativ aufzudrängen.

Das Thema der Migrationsbewegung Richtung Europa, die vielfach als »Flüchtlingskrise« betitelte Suche von Menschen unterschiedlicher Herkunftsländer nach Schutz in Europa, ist im zweiten Kapitel schon behandelt worden, hier soll es als eine Folie für das an Bewusstsein gewinnende vereinte Europa dienen. Im September 2015 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten zu einem Sondergipfel, auf dem eine »Strategie zur Flüchtlingskrise skizziert« wurde. (www.spiegel.de, 24.09.2015) Schon vorab dieses Gipfels schienen die Meinungsverschiedenheiten der Mitgliedstaaten ihre dunklen Schatten unheilvoll voraus zu werfen. (www.zeit.de, 17.09.2015)⁷ Hatte am Tag vor dem Gipfel der Regierungschefs der Rat der Innenminister, gegen die Stimmen Ungarns, der Slowakei, Tschechien und Rumäniens die Verteilung von 120.000 Asylbewerbern beschlossen, so machte das Gipfeltreffen deutlich, wie schwierig es sein könnte, der Aussage Kirchiks zu folgen. Hierbei wirkten vor allem die Formulierungen der mit der getroffenen Entscheidung unzufriedenen osteuropäischen Regierungschefs im Zuge des o.A. begrifflich schwergewichtig und wenig versöhnlich: Der slowakische Ministerpräsident Robert Fico nannte den Mehrheitsbeschluss vom Vortag, an dessen Umsetzung er sich nicht beteiligen werde, ein »Diktat«, der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán benannte die deutsche Position als »moralischen Imperialismus«. Die Vertreter der EU ließen sich jedoch durch diese Kommentare in ihrem Verständnis nicht beirren, Der Belgische Premier Charles Michel forderte »für einen solchen Fall Sanktionen«, der französische Präsident Francois Hollande legte »jenen, die europäische Werte nicht teilten, sogar den Austritt aus der Gemeinschaft nahe«. (www.spiegel.de, 24.09.2015) Der Ankündigung Ficos entsprechend weigerte sich die Slowakei ebenso wie Ungarn und Polen an der Umsetzung des Beschlusses teilzunehmen, sprich Flüchtlinge aufzunehmen. Legte

7 | So stellte die online-Ausgabe *»der Zeit«* vom 17.09.2015 fest: »[...] noch immer weigern sich mehrere osteuropäische Staaten, Flüchtlinge aufzunehmen. Unter anderem weigern sich Ungarn und Tschechien gegen eine die Staaten verpflichtende Aufnahmeflote«. (www.zeit.de, 17.09.2015)

die Slowakei nach einem Beschluss des Europäischen Gerichtshofes vom 06.09.2017, der die Rechtmäßigkeit und Verbindlichkeit des Ratsbeschlusses bestätigte, die Verweigerungshaltung ab, so blieben Ungarn und Polen bei ihren Positionen.⁸ Dieses hatte zur Folge, dass die Europäische Kommission Polen, Ungarn und auch Tschechien aufgrund der Nichteinhaltung getroffener – und vom EuGH als rechtmäßig beurteilter – Beschlüsse vor dem EuGH verklagte. So weit die Fakten.

Wichtig im Kontext der hier vertretenen These des zusehends bewussten Auftretens des gegenwärtigen Standes der Europäischen Integration ist die betonte Haltung gegenüber einigen Mitgliedsstaaten, die die Spielregeln der Union bewusst nicht einhielten. Deutlich auf den Punkt formuliert zitiert der *tagesspiegel* den für Migrationsfragen zuständigen griechischen EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos mit den Worten: »Ich habe viel versucht, die drei Mitgliedstaaten davon zu überzeugen [...], zumindest ein bisschen Solidarität zu zeigen. Leider habe es die bislang nicht gegeben«. (www.tagesspiegel.de, 07.12.2017) Ivan Krastev erkennt in diesem vom EU-Kommissar bemängelten Verhalten nicht nur einen »Mangel an Solidarität«, sondern einen tiefgreifenden »Solidaritätskonflikt«,⁹ der eine »Wiederbelebung der Ost-West-Spaltung« widerspiegelt. (Krastev, 2018: 53/s.o) Dass die EU hierauf in Form der Klage der Kommission vor dem EuGH reagierte belegt, wie die o.a. Zitate von Avramopoulos, Hollande und Michel, dass es eine zunehmend bewusste Haltung in der Artikulation europäischer Positionen gibt.

Ein weiteres Moment, durch welches ablesbar ist, dass die EU den Versuchen der Einflussnahme durch die nationalen Mitgliedsstaaten auf »ihre« Belange widersteht, ist die Wiederwahl Donald Tusks zum Präsidenten des Europäischen Rates am 09.03.2017. Gegen diese Wiederwahl hat sich ein einziges Mitglied der Union ausgesprochen – das Heimatland Tusks, Polen. Die Gründe zu beleuchten, warum die nationalkonservative Regierung Polens dem Liberalen Donald Tusk, inklusive dessen Wahl am 09.03.2017, zu

8 | Der ungarische Außenminister wird von der online-Ausgabe des *tagesspiegel* mit der Aussage zitiert, dass »der eigentliche Kampf erst jetzt beginne«. (www.tagesspiegel.de: 06.09.2017)

9 | Im Kern geraten hierbei die »nationale[n], ethnische[n] und religiöse[n] Solidaritätspflichten [...] mit unseren Pflichten als Menschen in Konflikt«. (Krastev, 2018: 53)

der sie einen Gegenkandidaten benannte,¹⁰ widersprach, sind hier unerheblich. Entscheidend ist, dass sich die Mitglieder der Europäischen Rates nicht von der polnischen Position, die durchaus deutlich und drohend war,¹¹ in ihrem Handeln beirren ließen. So erklärte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel noch am Tag der Wahl, das eine Wiederwahl Tusks »ein Zeichen der Stabilität der gesamten Europäischen Union« wäre, der französische Präsident Hollande eponiert sich für Tusk mit der Feststellung: »Das ist ein Moment, in dem Europa Einigkeit zeigen muss«. (www.welt.de, 09.03.2017)

Das letzte hier aufgezeigt Beispiel betrifft wieder einen Konflikt der Europäischen Union mit einem ihrer Mitglieder: zum wiederholt Male mit der Republik Polen. Konkret geht es hierbei um die von der polnischen Regierung beschlossene und vom Parlament im July 2017 beschlossene Justizreform, die wiederum ihrerseits Bestandteil einer seit November 2015 schwelenden Verfassungskrise des Landes war. Im Mittelpunkt dieser Krise stand, verkürzt und semantisch zugespitzt formuliert, die »Unabhängigkeit der polnischen Justiz«. (www.zeit.de, 14.08.2018)¹² Der befürchteten »Demontage der Demokratie« in Polen durch die Regierungspartei PiS dürfe, so Bartosz Wielinski in der *Welt*, die »Union [...] nicht tatenlos zusehen«. (www.welt.de, 02.07.2018) Eine weitere chronologisch-dezidierte

10 | Gegenkandidat war der polnische Europaabgeordnete Jacek Saryusz-Wolski. Bei der Wahl erhielt Donald Tusk mit Ausnahme der Stimme des polnischen Ministerpräsidenten alle anderen 27 Stimmen. Bemerkenswert an diesem Ergebnis war, dass Polen am Ende auch seine engsten Partner – die Viségrad-Staaten Ungarn, Tschechien und die Slowakei – gegen sich hatte. Es »zeigt, wie groß das Unverständnis der anderen EU-Staaten über das auch im Ton rabiate Vorgehen war«. (www.spiegel.de, 09.03.2017)

11 | »Wir werden unsere Partner informieren, dass der gesamte Gipfel in Gefahr ist, wenn sie die Abstimmung heute erzwingen«, sagte der polnische Außenminister Witold Waszczykowski dem Sender TVN24.« (www.welt.de: 09.03.2017)

12 | Konkret ging es in diesem »[a]ktuellen Streitpunkt« um die »vorzeitige Pensionierung von Richterinnen und Richtern«, da nach der am 03.07.2018 inkraft getretenen Reform galt, dass »Richter am Obersten Gericht bereits mit 65 statt wie bisher mit 70 Jahren in den Ruhestand gehen müssen«. (www.zeit.de, 14.08.2018) Hierdurch, so die Befürchtung der Kritiker und der EU-Komission, wolle sich die Regierung in Warschau »unbequemer Richter entledigen«. (www.sueddeutsche.de, 02.07.2018)

Beschreibung dieses Konfliktes trägt zur Untermalung der hier vertretenen Argumentation nichts Substantielles bei, weshalb hier auf den weiteren Verlauf des Disputes nur insofern eingegangen wird, als dass beide Seiten es nicht an Deutlichkeit in ihren Formulierungen fehlen ließen: Stellte der deutsche Europa-Staatsminister Michael Roth in deutlicher Übernahme der EU-Position fest, dass es »keine politischen Rabatte bei der Rechtsstaatlichkeit« geben könnte, (www.sueddeutsche.de, 26.06.2018) so bekräftigt der polnische Vize-Justizminister nach einer Teilrücknahme der Justizreform,¹³ »(w)ir hissen hier nicht die weiße Fahne«. (www.taz.de, 22.11.2018) Mag dieses Zitat auch belegen, dass die polnische Regierung an ihrer Position festzuhalten gedenkt, so ist hier doch entscheidend, dass der »Druck der EU« als »Etappensieg für den Rechtsstaat« dazu geführt hat, »wichtige Teile der umstrittenen Justizreform« zu korrigieren. (www.deutschlandfunk.de, 22.11.2018)

Das Beharren der EU auf ihren Grundwerten und die Bereitschaft, bei einer Missachtung derselben durch einen Mitgliedstaat, die durch die Verträge gegebenen Möglichkeiten des Handelns nutzen zu wollen, (so z.B. d. Art. 7, VvL/EUV) veranschaulichen ebenso wie die anderen benannten Beispiele ein sich bewusster werdendes politisches Integrationprojekt Europa. Dessen Auftreten steht weder nach außen, noch nach innen für den Versuch, mit der EU einen potentiellen weltpolitischen Akteur zu erschaffen und zu positionieren. Dem Eindruck allerding, es könnte sich bei der EU um einen willenlose Bund Zielloser ohne eigenes ideelles Geüst handeln, setzt die EU ein bestimmtes Auftreten entgegen. Sichtbar wird vielmehr ein sich vor allem in Krisenzeiten artikulierendes bewusstes Auftreten der EU, dass sowohl nach außen und nach innen eine »ungegewohnte Geschlossenheit« demonstriert. (Buchsteiner, 2018: 103)¹⁴

Das hier Gezeigte stellt die Erkenntnisse aus Kaptiel III nicht in Abrede oder ignoriert sie, aber es ergänzt sie und betont einen Aspekt, der von den *Herren der Verträge* enrtweder nicht beachtet, gering geschätzt oder per se ausgeschlossen wurde: Dass die Europäische Integration zu einer eigenen, von den Nationalstaaten unabhängigen faktischen Entität der Wahrnehmung und Beobachtrung und Empfindung der Menschen in Europa wird. Die o.a. Beispiele belegen

13 | Konkret die Zurücknahme der Zwangsverrentung der Obersten Richter.

14 | So Jochen Buchsteiner über die EU in den Brexit-Verhandlungen. (Buchsteiner, 2018: 103)

und fundieren keine *entweder-dieses-oder-jenes-Figur*, sie behaupten auch nicht das langsame Okkupieren der Position der europäischen Nationalstaaten auf der internationalen Bühne durch die Europäische Union: Sie zeigen aber auf, dass die Politiker, die Träger eines durch die Europäische Union verliehenen Amtes sind, als Vertreter der Europäischen Union/Integration agieren und nicht als einem nationalen Herkunftsstaat verpflichtet. Dieses ist nicht per se ein Anzeichen für den schlechenden Verlust der Funktion der nationalen Mitgliedstaaten als primärem Sozialisator, aber es zeigt auf, dass tradierte Strukturen eines Wir-Empfindens durch neue ersetzt, zumindest angereichert werden können (!) – und es dafür in den Massenmedien Zustimmung gibt.

Konstatiert man, dass es den einzelnen Nationalstaaten in einer global immer vernetzteren Welt zunehmend schwerer fallen wird, den Menschen die Sehnsucht nach einer »Entschleunigungsinsel«, auf der die Dynamik der Globalisierungstendenzen – bestenfalls abgemildert – zum Tragen kommen, (Rosa, 2005: 146)¹⁵ zu erfüllen, sie als Vertreter der Interessen ihrer Bürger auf der internationalen Ebene zunehmen an Kraft verlieren, dann erscheint die im Folgenden zitierte Aussage Wolfgang Schäubeles ebenso analytisch wie imperativ:

»Wir müssen als Europa erwachsener werden, unsere Probleme wirksamer lösen, unsere Interessen besser definieren und dann gemeinsam vertreten«. (www. faz net, 24.03.2017)

2. EUROPA MUSS ERWACHSENER WERDEN

Im Weiterdenken des im Vorangegangenen aufgezeigten zaghaften Erwachsen-Werdens wird es in diesem letzten Schritt dieser Arbeit darum gehen aufzuzeigen und zu begründen, warum es zu einem nachhaltigeren Lösen der Europäischen Integration aus der Bevormundung, aus den Fesseln der Nationalstaaten kommen muss – warum Europa in diesem Sinne erwachsener werden muss. Die Ausführungen im Besonderen des zweiten Kapitels haben deutlich

15 | Hatmut Rosa spricht konkret von der »Sehnsucht nach der verlorenen geruhsamen, stabilen und gemächlichen Welt«. (Rosa, 2005: 146)

gemacht, warum es als wichtig erscheint, Europa zu einem verlässlich bestimmten politischen Gemeinwesen, mithin zu einem verlässlichen rechtlichen Bezugs- und Handlungsrahmen, zu einer durch einen Staat umfassten Nation zu machen: Anders scheinen die an immer mehr Komplexität und Tempo gewinnenden Probleme und Anforderungen an ein, diese Probleme bewältigendes, politisches Gemeinwesen nicht zu lösbar zu sein.

Die Gesellschaft in Europa leidet in ihren derzeitigen Strukturen, die elementar an die nationalen Mitgliedstaaten gebunden sind (Kap. III [1.], an dem, was Hartmut Rosa als den »rasenden Stillstand« bezeichnet. (Rosa, 2005: 41) Auf den hier entwickelten Gedankengang übertragen handelt es sich um einen stehengebliebenen ideengeschichtlichen Rahmen (europäischer Nationalstaat), durch welchen die rasenden Zeitereignisse (Terror/Flüchtlingsbewegungen) nicht mehr aufgefangen werden können, da die Zuständigkeiten und Handlungsmöglichkeiten vorrangig in einzelnen nationalstaatlichen Segmenten gefangen bleiben und europäische Lösungsansätze, wie im Vorangegangenen aufgezeigt, behindert werden können. Zusammen mit der Erkenntnis der in den politischen Systemen der einzelnen Nationalstaaten zunehmenden, zumindest erhärteten Forderungen nach Stärkung der nationalen Souveränität durch nationalistische Bewegungen ergibt sich hieraus durchaus ein Set »ausgesprochen desintegrativer Kräfte« gegenüber einer zunehmenden europäischen Integration, (Frantzen, 2016: 272) das sich als ernstzunehmender Begleiter/Störer des Diskurses um die zukünftige politische Gestaltung Europas zeigt.

Ein – m.E. – bedeutender Grund für die Persistenz dieser Argumentationsfiguren liegt darin zu sehen, dass es der Europäischen Integration nicht gelingt, die »spezifische Leistung« der nationalen Mitgliedstaaten zu übernehmen: eine Identitätsstiftung qua Zusammengehörigkeitsgefühl. (Offe, 2016: 103) Die Ausführungen in Kap. III (2.) haben hier versucht, einen kleinen Einblick in die kommunikativen Strukturen zu geben, die eine Behinderung für eine solche Identitätsbildung darstellen. Überbrückt werden könnte ein sich aus diesen Behinderungen ergebender Graben mit der Scharnierfunktion der Demokratie (Kap. IV [1.]). Durch das Verständnis der elementaren Zurückführung europäischer politischer Entscheidungen als Lösungsansätze genuin europäischer Themen auf den Willen der Menschen in Europa, (Bürger Europas) könnte/würde die Kluft zwischen einem abstrakten Überbau und dem durch ihn umfassten

Menschen überbrückbar gemacht werden. Kurz: Das Europäische Gemeinwesen muss als solches demokratisch bestimmt sein, nicht über oder durch nationalstaatlich vorstrukturierte Parteiensysteme und Wahlregeln. Das derzeitige System, dass die politischen Initiativen und Entscheidungen für Europa auf einen Mix von unterschiedlich legitimierten Institutionen verteilt und diese Entscheidungen letztlich durch Vertreter von nationalen Regierungen und in nationalen Zusammenhängen gewählten Abgeordneten des Parlaments vertritt, bietet keine *verlässliche* Voraussetzungen für das Überbrücken dieser Kluft.¹⁶

Dieser Zustand lässt sich treffend mit der von Kalypso Nicolaidis geprägten Metapher der »demoicrazy« beschreiben, die, von der no-demos These¹⁷ ausgehend, nicht von einem auf dem Willen eines Europäischen Demos fußenden Politik für Europa spricht, sondern von einer auf dem Willen der einzelstaatlichen »demosi« fußenden. (Nicalaidis, 2015: 141ff.) Nicalaidis benennt dieses Konzept der »demoicrazy« zwar als einen dritten – zukünftig zu gestaltenden und zukunftsähnigen – Weg des »governing together but not as one« zwischen einer »state-based« und »supranational-based democracy«, (Nicolaidis, 2015: 162/163) beschreibt aber zu einem nicht unerheblichen Teil das derzeitige Procedere in der EU und bietet somit den o.a. Disputen zwischen den nationalen Mitgliedstaaten und der Europäischen Integration weiterhin Raum.

Konstatiert man mit Costas Douzinas, dass Europa eine »Aufgabe der unendlichen Selbsterschaffung« ist, (Douzinas, 2014: 278) dann ist die Europäische Union – wie alle ihre Vertragsvorgänger – ein wichtiger, notwendiger historischer Schritt auf dem Weg der Europäischen Integration, aber kein diesen Prozess beschließender. Wenn es für die weiteren Schritte wichtig, gar unerlässlich ist, dass »[...] Europäer erwachsen [müssen], die Europa mit Leben füllen«, (Kühnhardt, 2010: 160) dann stellt sich bei den vorangegangenen Ausführungen die Frage, auf welcher Grundlage dieses Erwach-

16 | Was nicht bedeutet, dass einzelne europäische Mandatsträger eine Identifikation, zumindest aber Verantwortung mit/gegenüber ihrem Amt offenbaren und europäische Interessen und Positionen der EU mit Nachdruck vertreten. Der zum Zeitpunkt dieser Arbeit amtierende EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ist ein markantes Beispiel dafür. Verlässlich aber ist diese Dynamik nicht.

17 | Die »EU simply does not have a unified demos«. (Nicolaidis, 2015: 141)

sen stattfinden soll, welche Ressource dazu führen soll, substantiell demokratische Prozesse willentlich auf die europäische Ebene zu heben. Die Antwort auf diese Frage lässt sich mit einem Begriff geben, der für die bisherigen Schritte grundlegend war: der Idee.

*

Gibt es, nachdem sich die Folgen entsetzlicher Kriege als Gründungsmythos und deren zukünftiges Vermeiden als Gründungsversprechen aus der Lebens- und Erfahrungswelt der Menschen in Europa offensichtlich verabschiedet haben, (Kühnhardt, 2010: 205) die große Erzählung von/zu Europa, durch welche die Menschen sich von der Idee der Europäischen Integration berühren lassen? Anders: Kann es sie überhaupt noch geben, kann es ein solches Narrativ in den Zeiten einer nahezu unüberschaubar scheinenden Individualisierung von Lebenszusammenhängen überhaupt noch geben?

Eine qualitativ orientierte Antwort mit dem Versuch aufzuzeigen, was der Inhalt dieses Narrativs sein könnte, kann – nein: darf – hier nicht gegeben werden, da dieses als Versuch gewertet werden könnte, kognitive Schranken, zumindest Schlaglichter für einen ideell potentiell unbegrenzten Diskursraum zu benennen. Doch: Das, was die Menschen mit Europa gleichsetzen wollen; das, was die Menschen in einem geeinten Europa sehen wollen, muss sich in den Diskursen um aktuelle Ereignisse, mithin um die Tagespolitik finden und bewähren. Das spricht nicht für ein beliebiges, jederzeit neu zu verhandelndes Europabild, aber der Diskurs um die Migrations- und Flüchtlingskrise zeigt, wie fragil sich als sicher geglaubte Fundamente (Humanismus) im politischen Diskurs zeigen können, wie beweglich – aber nicht unverbindlich! – ein ideeller Rahmen sein muss, um im aktuellen und tagespolitischen Schlaglichtergewirr bestehen zu können. Das vermeintliche Dahinschwinden der Nachkriegsrhetorik als immerwährendem Band zwischen den Menschen der Gesellschaft in Europa zeigt wie wichtig es ist, ein geeintes Europa immer neu zu denken und zu begründen.

Als ein sensibler Bereich in diesem Prozess erweist sich – und an der Diskussion der Migrations- und Flüchtlingskrise wird dies besonders ersichtlich – das Austarieren gesinnungsethischer Überzeugungen mit verantwortungsethischen tagespolitischen Positionen. Die endlosen Diskussionen um Kontingente auf zunehmender und in Europa solidarisch zu verteilender Hilfe suchender Men-

schen setzt diese Sensibilität einem hohen Druck aus. Ein Druck, der nicht geringer wird, wenn die für ein politisches Gemeinwesen lebenswichtige Frage nach In- und Exklusion konkret zu bestimmen ist: Wer ist im Sinne einer umfassenden Ausübung von politischen Rechten partizipationsberechtigt? Und wenn es jemand ist, warum, bzw. warum nicht? Die Beantwortung dieser Fragen führt nicht nur zu den Ausführungen über die – nur schwer bestimmbare – Europäische Identität zurück, sie führt auch zwangsläufig über die Frage, was konkret Inklusion inhaltlich bedeutet zu einer ebenso notwendigen inhaltlichen Bestimmung dessen, was Exklusion für die Exkludierten bedeutet. Eine mithin notwendige Bestimmung, will man es nicht bei Niklas Luhmanns in diesem Zusammenhang wenig hilfreichen Bemerkung belassen, es handele sich bei der Exklusion um den »logischen Schatten« der Inklusion. (Luhmann, 1996 (a): 43) Étienne Balibars Rat, die Europäische Bürgergemeinschaft dürfe sich nicht als »identitäres Ausschließungsprinzip« konzipieren, (Balibar, 2003: 201) zeigt einen bedeutungsschweren normativen Aspekt in dieser zu führenden Debatte auf, macht aber auch deutlich, in welchen semantischen Kategorien, mit welchen sprachlichen ›Waffen‹ die notwendigen Diskussion geführt werden können.¹⁸

Albrecht Koschorke Feststellung von der »metaphysischen Haltlosigkeit« der ideellen Bestimmung eines sich einigenden Europas ist Menetekel und Chance zugleich. Menetekel, weil eine normative Bestimmung Europas, bei all dessen Verirrungen in der Geschichte, ein Muss ist. Ein politisches Gemeinwesen, mithin die Nation Europa, darf in ihrer Selbstbestimmung nicht ohne eine metaphysischen Haltlinie konzipiert werden, deren Aussage sein muss: Bis hierhin und nicht weiter! Die Bewusstwerdung der Geschichte auf diesem Kontinent kann das Fehlen einer solchen Haltelinie nicht zulassen. Doch steckt in dieser Formulierung auch eine Chance:

Wenn eingangs dieser Ausführungen mit Kühnhardt festgestellt wurde, dass Europäer erwachsen müssen, die Europa mit Leben füllen, dann muss dieses zwangsläufig auch bedeuten, dass die Generationen, die die Europäische Integration bis an den heutigen Stand gebracht haben, die Verantwortung für alle weitere Entwicklung bereit sind, aus der Hand zu geben und diese – einem Staffelstab gleich

18 | Die Benennung einer möglicherweise einzunehmenden Position mit der Zuschreibung als »Ausschließungsprinzip« klingt hart und birgt die Gefahr der Nicht-Weiterführung des Diskurses in sich.

– an die erwachsenden Europäer weitergeben. Die Chance besteht konkret darin, die Europäische Integration, gerade in dieser »metaphysischen Haltlosigkeit«, fernab aller »Simulationsprozesse«, sprich der Übernahme alter Denkrituale und tradiertener Semantiken aus dem Hausgebrauch alter – nationalstaatlicher – Denktraditionen, (Vauchez, 2016:37) neu zu bestimmen.

Diese Aussage muss jetzt nach allem hier Geschriebenen verwirren, denn diese Arbeit hat die Notwendigkeit der Europäischen Nation damit begründet, national geprägte Semantiken, das »Vokabular nationaler Politik«, (ebda.) auf die europäische Tonlage zu transponieren (Demokratie, Verfassung). Doch sie tat dies, um aufzuzeigen, warum sich das soziopolitische Strukturmodell der *Nation* – als Angebot – anbietet, wenn es darum geht, das Band zwischen einem sich politisch einigenden Europa als – abstrakten – Überbau und den Menschen zu binden, um, die am Eingang dieser Abhandlung von Heinz Kleger gesetzte Formulierung zu wiederholen, ein politisch geeintes Europa »zu ihrer eigenen Sache« machen zu können. (Kleger, 2009: 30) Es wurden soziopolitische Entwicklungen aufgezeigt, die, als Druckdynamiken benannt, m.E. nahezu zwangsläufig dazu führen (müssen), den politischen Rahmen *Europäische Integration* auf verlässlich tragendere Beine zu stellen als sie durch die derzeitige politische Struktur gebildet werden. Die inhaltliche Begründung dieser politischen Struktur muss all denen obliegen, die in einer an Tempo ständig zunehmenden (Um-)Gestaltung der Gesellschaft samt der sich hieraus ergebenen Komplexität des Sozialen als Europäer erwachsen.

Und dieses ist eine gewaltige Aufgabe: Steht »im Zeitalter der Vernetzung [...] die Beziehung der Bürger zum politischen Gemeinwesen in Konkurrenz zu unendlich vielen Verbindungen, die sie außerhalb desselben knüpfen«, (Guéhenno, 1994: 39) so erwächst das, was die Menschen mit einem politisch geeinten Europa verbinden wollen, im Dickicht vielzähliger und -schichtiger kommunikativer Beziehungen, die der Erwartung entgegenstehen, es könnte eine einfache Definition geben. Dass sie sich dieser Aufgabe aber stellen müssen, hat diese Arbeit aufzuzeigen versucht.